

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Der größte rechtsfreie Raum der Erde droht in der Sahelzone zu entstehen.

Es bahnt sich ein Desaster an

In der Sahelzone steigt die Zahl der Gewaltopfer und Vertriebenen bedrohlich. Armut, Regierungsversagen und Klimawandel verschlimmern die Lage. Was macht Europa? Es betreibt vor allem Symptombekämpfung. Dafür dürfte es einen hohen Preis zahlen.

Internationale Krisen werden selten früh erkannt. Sie schleichen sich an, sie gären über Jahre im Dunkeln, abseits der Schlagzeilen. Und dann, wenn es – scheinbar plötzlich – zum Flächenbrand kommt, ringt man in westlichen Regierungen ratlos um eine Reaktion. Oft kommt sie zu spät, meist verpufft sie. So war es in

Syrien, in Afghanistan, in Libyen. Und so droht es nun in der Sahelzone zu werden.

Die Sicherheitskrise in dem riesigen, wüstenähnlichen Gebiet südlich der Sahara hat sich in den vergangenen Monaten gefährlich zugespitzt. Experten sprechen von einer „Explosion der Gewalt“. Trotz erheblicher

militärischer Anstrengungen scheint eine Trendwende in weiter Ferne.

Wie ernst die Lage ist, zeigt der Blick auf die jüngsten Meldungen aus der Region: Angriff auf Minenarbeiter im Osten Burkina Fasos, mindestens 39 Tote. Zwölf Tote bei einem Anschlag auf eine Militärbasis im Süden Nigers. Im Westen

werden fünf Bewohner getötet. In Mali kommt es innerhalb weniger Tage zu mehreren verheerenden Anschlägen, über hundert Menschen sterben, die meisten von ihnen Soldaten.

Allein in den ersten drei Novemberwochen ist es in Mali, Niger, Tschad und Burkina Faso – die vier Staaten mit insgesamt 75 Millionen Einwohnern bilden das Herz der Sahelzone – zu über 100 gewaltsamen Zwischenfällen gekommen. Knapp 330 Personen sind dabei getötet worden. Bereits im März hatten Zahlen von ACLED, einer amerikanischen NGO, einen massiven Anstieg der Gewalt in der Sahelzone gezeigt. In der Region war die Zahl der zivilen Konfliktopfer gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Prozent angestiegen.

Inzwischen hat sich das Konfliktgebiet ausgeweitet. Nach Mali hat auch Burkina Faso die Kontrolle über weite Teile seiner nördlichen und östlichen Territorien verloren; bereits in einem Drittel des Landes herrschen laut Angaben der Vereinten Nationen bürgerkriegsähnliche Zustände. Eine Viertelmillion Menschen sind hier seit vergangenem Sommer vor der Gewalt geflohen. In Tschad und Niger drohen ähnliche Szenarien.

Gemäß der gängigen Lesart ist die Gewalteskalation eine Folge der erstarkten islamistischen Terrorgruppen, die viele der Anschläge in der Region verüben. Auch sei die Zahl der interethnischen Konflikte gestiegen, heißt es. Diese Analyse ist nicht falsch, doch

ihr fehlt die Tiefenschärfe. Blickt man unter die Oberfläche, zeigt sich, dass die Krise das Resultat einer komplexen Verkettung von Missständen und Fehlentwicklungen ist. Diese sind die eigentlichen Treiber von Gewalt und Extremismus in der Region.

Verkettung von Problemen

Dazu gehört, erstens, die missliche Wirtschaftslage. Die Länder des Sahels gehören zu den ärmsten der Welt. Rund 80 Prozent der Menschen leben in extremer Armut, 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt. Die meisten jungen Menschen sind ohne Arbeit und ohne Perspektive.

Verschärft wird diese Situation, zweitens, durch das rapide Bevölkerungswachstum. Noch immer bekommen Frauen in der Sahelzone im Schnitt mehr als fünf Kinder – mehr als in jeder anderen Weltregion. In Niger etwa wächst die Bevölkerung jährlich um 4 Prozent. Wohlstandsgewinne für den Einzelnen sind da selbst bei kräftigem Wirtschaftswachstum kaum möglich.

Drittens leidet die Region an Regierungsversagen. In den Machtzirkeln Bamakos, Ouagadougous oder Niameys mangelt es nicht nur an Geld, um die grundlegenden staatlichen Aufgaben wahrzunehmen. Oft fehlen auch die Kompetenz und der politische Wille dazu. Im besten Fall, so etwa in Burkina Faso, scheint die Regierung um Verbesserung bemüht, ist aber machtlos. Im schlechteren Fall, etwa in Tschad, ist sie bis in den Kern korrupt und

einzig am eigenen Machterhalt interessiert. Hier wird der Staat, sofern er überhaupt präsent ist, von der Bevölkerung in erster Linie als Bedrohung gesehen.

In der Sahelzone ist, viertens, der Klimawandel bereits deutlich spürbar. Die Temperaturen steigen hier laut UN eineinhalb Mal so schnell wie im Rest der Welt. Das führt zu einer Entwertung von Farmland, zu Hungerkrisen und zu den oftmals gewalttätigen Konflikten zwischen Hirten und Bauern. Eine wichtige Rolle spielt, fünftens, ein Ereignis, das bereits acht Jahre zurückliegt: der Sturz von Muammar al-Gaddafi und der Beginn des libyschen Bürgerkriegs. Aus dem Maghreb-Staat wurde dadurch für die Milizen in der Sahelzone ein billiges und üppiges Waffenreservoir. Für Nigers Präsident Mahamadou Issoufou ist klar: „Die Ursache für die Destabilisierung der Sahelländer liegt in Libyen.“

Diese Entwicklungen treffen vorab die Bevölkerung vor Ort. Die Zahl jener, die in der Region nur dank humanitärer Hilfslieferungen überleben, ist jüngst auf über fünf Millionen gestiegen. Tausende von Schulen sind seit Monaten geschlossen.

Was im Sahel geschieht, ist aber auch für Europa von entscheidender Bedeutung. So fern die Wüstenstaaten für manche Europäer wirken mögen – weit weg sind sie nicht. Sollte sich die Lage in der Region weiter verschlechtern, wird Europa das eher morgen als übermorgen direkt zu spüren bekommen.

Das gilt zum einen wegen der Migration. Ganz egal, welche Lösung Europa in diesem Bereich mittelfristig anstrebt: Ohne eine wirksame Zusammenarbeit mit den Sahelstaaten wird alles Makulatur. Setzt sich die besorgniserregende Entwicklung fort, könnte im Sahelgebiet der größte rechtsfreie Raum der Welt entstehen. Allein der Norden Malis ist fast zweieinhalb Mal so groß wie Deutschland. Nimmt man die betroffenen Gebiete in Niger und Tschad hinzu, droht ein Gebiet der Größe Westeuropas in Anarchie und Chaos zu versinken. Menschenhandel und Schmuggel würden dann noch deutlich ansteigen, eine Kontrolle der Migrationsströme wäre unmöglich.

Zum anderen geht es im Sahel für Europa auch darum, einen Flächenbrand zu stoppen, der bald die zumeist stabilen Länder in der Nachbarschaft erreichen könnte. Sollte die Gewalt auf die Staaten am Golf von Guinea überschwappen, auf Ghana oder Côte d'Ivoire, könnte das die Entwicklung in diesen Ländern um Jahre zurückwerfen – und weitere Menschen in die Arme von Extremisten und Schlepperbanden treiben.

In Europa – oder zumindest in Berlin und Paris – scheint man sich dieser Gefahr inzwischen bewusst zu sein. In den vergangenen Jahren sind deutlich mehr Gelder in die Region geflossen. Seit 2010 investierten die EU-Staaten insgesamt über zwölf Milliarden Euro für Sicherheit und Entwicklung im Sahelgebiet. Erst im August

versprachen Emmanuel Macron und Angela Merkel beim G7-Treffen, die Sahelstaaten im Kampf gegen islamistischen Terrorismus stärker zu unterstützen. Selbst die Schweiz investiert inzwischen pro Jahr über hundert Millionen Franken an Entwicklungsgeldern in der Region.

EU-Gelder ohne Wirkung

Das gestärkte Bewusstsein für eine Weltgegend, die lange Zeit als toter Winkel galt – das ist die gute Nachricht. Die schlechte: Europas Unterstützung funktioniert nicht. Trotz vieler Milliarden hat sich die Sicherheitslage in der letzten Zeit deutlich verschlechtert. Moumina Chérif Sy, der Verteidigungsminister von Burkina Faso, sagte unlängst in seltener Offenheit, das Engagement der Europäer habe bisher „null Wirkung“ erzielt.

Das Grundproblem besteht darin, dass Europa die Krise im Sahel vorab aus einem sicherheitspolitischen Blickwinkel betrachtet. „Entwicklung ohne Sicherheit ist nicht möglich“, sagte Merkel kürzlich, als sie einen Ausbau der militärischen Kooperation ankündigte. Will heißen: zuerst Frieden, dann alles weitere. Diese Logik ist verkürzt. Mit Waffen allein werden sich die strukturellen Ursachen der Krise nicht beheben lassen. Ohne Gleichge-

wicht zwischen militärischen und (entwicklungs-)politischen Maßnahmen betreibt man reine Symptombekämpfung. Merkels Kausalkette gilt nämlich auch in die andere Richtung: ohne Entwicklung keine Sicherheit.

Für Europa ist es höchste Zeit für einen Kurswechsel. Die militärische Hilfe ist richtig, womöglich wird gar ein weiterer Ausbau nötig sein. Wichtiger noch wäre es allerdings, die Ursachen des Problems anzugehen. Im Kern heißt das: Europa muss mithelfen, in der Sahelregion Zukunftsperspektiven zu schaffen. Mehr als alles andere werden zwischen Bamako und N'Djamena Ausbildungsplätze und Jobs benötigt. Und mindestens so wichtig wie funktionierende lokale Militäreinheiten sind funktionierende Krankenhäuser und Schulen, ja überhaupt ein Staat, der keine Bedrohung für die Bürger darstellt, sondern Lösungen sucht für deren Probleme.

Wenn sich die Lebensbedingungen der Menschen nicht deutlich verbessern, werden die Gewalt, der Extremismus und der Abwanderungsdruck in der Region nicht verschwinden. Das ist, so simpel es klingen mag, eine epochale Aufgabe, zumal Europa diese im Sahelgebiet praktisch alleine stemmen müssen. Eine Alternative aber gibt es nicht.



Fabian Urech

ist seit 2017 Mitglied der Auslandsredaktion der *Neuen Zürcher Zeitung*, zuständig für Subsahara-Afrika sowie die Vereinten Nationen, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte.